



Allgemeinverfügung

zur Beschränkung der beruflichen Tätigkeit in Senioren- und Pflegeeinrichtungen gemäß § 2 Abs. 2 NuWG¹ sowie in ambulant betreuten Wohngemeinschaften und besonderen Formen des betreuten Wohnens gem. §§ 2 Abs. 3, Abs. 4 NuWG und für ambulant betreute Wohngemeinschaften zum Zweck der Intensivpflege die nicht in den Geltungsbereich des NuWG fallen,

sowie zur Beschränkung von Besuchen in Senioren- und Pflegeeinrichtungen gemäß § 2 Abs. 2 NuWG

zum Schutz der Bevölkerung vor der Verbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2 auf dem Gebiet des Landkreises Rotenburg (Wümme)

Gemäß § 28 Absatz 1 Satz 1 Infektionsschutzgesetz (IfSG)² wird folgende Allgemeinverfügung erlassen:

1.
 - a. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Heimen für ältere, pflegebedürftige Menschen und Menschen mit Behinderungen gem. § 2 Abs. 2 NuWG sowie in ambulant betreuten Wohngemeinschaften und in besonderen Formen des betreuten Wohnens gem. §§ 2 Abs. 3, Abs. 4 NuWG sowie in ambulant betreuten Wohngemeinschaften zum Zweck der Intensivpflege, die nicht in den Geltungsbereich des NuWG fallen, dürfen die jeweilige Einrichtung nur mit einer FFP2-Maske betreten. Sie haben diese während ihrer gesamten beruflichen Tätigkeit durchgehend zu tragen. Die FFP2-Maske darf lediglich abgenommen werden, sofern die Mitarbeiterin oder der Mitarbeiter sich alleine in einem geschlossenen Raum oder alleine im Außenbereich der Einrichtung befindet. Das korrekte Tragen (vgl. Hinweise des Robert-Koch-Instituts zum beispielhaften An- und Ablegen von PSA für Fachpersonal) ist jederzeit sicherzustellen.
 - b. Weitere Ausnahmen können im Einzelfall in Abstimmung mit dem zuständigen Gesundheitsamt zugelassen werden.
2.
 - a. Für Besuche bei Bewohnerinnen und Bewohnern in Heimen für ältere, pflegebedürftige Menschen und Menschen mit Behinderungen gem. § 2 Abs. 2 NuWG gilt, dass diese auf den Besucherzimmern der Einrichtung durchzuführen sind.
 - b. Ausgenommen von dieser Einschränkung sind Besuche bei Bewohnerinnen und Bewohnern, denen das Aufsuchen des Besucherzimmers nicht oder nur unter unzumutbaren Beeinträchtigungen möglich ist. In diesen Fällen kann unter Einhaltung eines Mindestabstandes von 1,5 - 2 m und Tragen einer FFP-2 Maske durch den Besucher bzw. die Besucherin ein Besuch im Bewohnerzimmer erfolgen.
 - c. Weitere Ausnahmen können im Einzelfall in Abstimmung mit dem zuständigen Gesundheitsamt zugelassen werden.

¹ Niedersächsisches Gesetz über unterstützende Wohnformen (NuWG) vom 29. Juni 2011 (Nds. GVBl. 2011, 196), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14.04.2016 (Nds. GVBl. S. 70)

² Infektionsschutzgesetz vom 20. Juli 2000 (BGBl. I S. 1045), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 18. November 2020 (BGBl. I S. 2397)

3. Die Anordnungen zu 1. und 2. sind zunächst bis einschließlich 10.01.2021 befristet.

Begründung Zu 1. und 2.

Rechtsgrundlage für die getroffenen Maßnahmen ist § 28 Absatz 1 Satz 1 Infektionsschutzgesetz (IfSG). Nach § 28 Absatz 1 Satz 1 IfSG hat die zuständige Behörde die notwendigen Schutzmaßnahmen zu treffen, wenn Kranke, Krankheitsverdächtige, Ansteckungsverdächtige oder Ausscheider festgestellt werden oder sich ergibt, dass ein Verstorbener krank, Krankheitsverdächtig oder Ausscheider war, soweit und solange es zur Verhinderung der Verbreitung übertragbarer Krankheiten erforderlich ist.

Der Landkreis Rotenburg (Wümme) ist nach § 3 Abs. 3 NKomVG i. V. m. § 2 Abs. 1 Nr. 2, § 3 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 NGöGD zuständige Behörde im Sinne des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) und gemäß § 28 Abs. 1 S. 2 IfSG für den Erlass von Schutzmaßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung übertragbarer Krankheiten zuständig. Unter den Voraussetzungen des § 28 Abs. 1 S. 1 i.V.m. § 16 Abs. 1 S. 1 IfSG kann die zuständige Behörde insbesondere Gemeinschaftseinrichtungen wie beispielsweise Senioren- und Pflegeheime schließen.

Auf Grund der Erkenntnisse aus ganz Niedersachsen sowie speziell aus dem Landkreis Rotenburg (Wümme) belegen die Fallzahlen sowie die Inzidenzzahlen die sehr hohe Dynamik des Infektionsgeschehens. Die Notwendigkeit, Infektionsketten effektiv zu unterbrechen, ist daher zum jetzigen Zeitpunkt von essentieller Bedeutung. Dies gilt insbesondere für Einrichtungen, in denen Menschen leben und versorgt werden, für die durch Alter, Vorerkrankung und Behinderung ein besonders großes Risiko für eine Erkrankung an dem Coronavirus SARS-CoV-2 mit einem schweren oder sogar tödlichen Krankheitsverlauf besteht.

Nach kritischer Betrachtung bin ich zu dem Entschluss gekommen, dass die Einschränkung der Besuchsrechte wie unter Punkt 2 genannt sowie die Anordnung einer Pflicht zum Tragen einer FFP2-Maske im Interesse des Gesundheitsschutzes in diesen Einrichtungen unbedingt zu beachten sind. Auf diese Weise wird das Ziel, die Ausbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2 in Gemeinschaftseinrichtungen mit Bewohnerinnen und Bewohnern von Risikogruppen im Landkreis Rotenburg (Wümme) zu verlangsamen, verfolgt.

Vor dem Hintergrund, dass es trotz bestehender Hygienekonzepte derzeit zu zahlreichen Coronainfektionen in Heimen und in der Folge zu schwerwiegenden Erkrankungen und Todesfällen gekommen ist, erscheint kein milderes aber gleich geeignetes Mittel als die befristete Verschärfung der Besuchsregelungen in Heimen nach § 2 Abs. 2 NuWG sowie der Pflicht zum Tragen einer FFP2-Maske bei der beruflichen Tätigkeit in diesen Einrichtungen sowie bei den o. g. Wohnformen, um das Risiko eines Viruseintrags durch externe Besucher sowie das Personal zu minimieren.

Die umzusetzenden Maßnahmen sind nach fachlicher Risikoeinschätzung zur Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit des Gesundheitssystems zwingend erforderlich und in diesem Stadium noch erfolgversprechend möglich.

Zu 3.

Die Anordnungen treten am auf die Bekanntgabe folgenden Tag in Kraft. Sie sind zunächst befristet bis zum 10.01.2021. Bei entsprechender erneuter Risikoeinschätzung wird die Allgemeinverfügung verlängert.

Rechtsbehelfsbehelfsbelehrung

Gegen diese Verfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe (Zustellung) Klage vor dem Verwaltungsgericht Stade erhoben werden. Die Klage kann schriftlich oder zur Niederschrift der Urkundsbeamtin oder des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle des Gerichts, Am Sande 4a, 21682 Stade, oder Postfach 3171, 21670 Stade, erhoben werden. Bei dem Verwaltungsgericht Stade können nach Maßgabe der Verordnung über die technischen Rahmenbedingungen des elektronischen Rechtsverkehrs und über das besondere elektronische Behördenpostfach (Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung - ERVV) vom 24.11.2017 (in der zurzeit gültigen Fassung) in allen verwaltungsgerichtlichen Verfahren auch elektronische Dokumente eingereicht werden.

Hinweise

Gemäß § 28 Abs. 3 in Verbindung mit § 16 Abs. 8 IfSG haben Widerspruch und Anfechtungsklage gegen die vorgenannten Maßnahmen keine aufschiebende Wirkung.

Eine Zuwiderhandlung gegen diese Allgemeinverfügung stellt gemäß § 73 Abs. 1a Nr. 6 IfSG eine Ordnungswidrigkeit dar, die mit einer Geldbuße von bis zu 25.000,00 EUR geahndet werden kann.

Rotenburg (Wümme), 16.12.2020

Landkreis Rotenburg (Wümme)
Der Landrat

(Luttmann)